

APOLOGETISCHE

BLÄTTER

Mitteilungen des Apologetischen Instituts des Schweizerischen katholischen Volksvereins

Zürich, Auf der Mauer 13 Telefon 28 54 58 Postcheck-Konto Zürich VIII 27842

Erscheint zweimal monatlich. Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet.

Nr. 17

9. Jahrgang

15. September 1945

INHALT: Die Entwicklung der österreichischen Universität: 1. Im Mittelalter: Die religiös begründete Ganzheit der «Universitas litterarum». — 2. Der Humanismus: äusserliche Bewahrung der Einheit — innere Abkehr von der Uebernatur. — 3. Die Aufklärung: Berufsschule gegen Bildungsschule — van Swieten: der Primat der Philosophie. — 4. Der Liberalismus: das Versagen der neuen Bildungsschule in Berlin und Wien. — 5. Konservative Reformversuche: die kath. Hochschule in Salzburg. — Die Regierung Schuschnigg. — 6. Die nat.-soz. Reform: im Zeichen einer «Weltanschauung». — 7. In der zweiten Republik: Wien und Innsbruck: Brennpunkte der neuen Bildung — Geschichte und Bekenntnis. **Innere Entwicklung der Partei der Arbeit:** Parteierklärungen — Publikationen — Die «Freie Jugend» — Weitere nahestehende Gruppen. **Schweres Ringen eines katholischen Volkes:** Lagebericht aus Kroatien: Marschall Tito und die Religion — verfolgte Bischöfe und Geistliche — die wirtschaftlich-soziale Lage — die politische Lage. **Ex urbe et orbe:** Kjellberg: «Russland im Krieg» — MacArthur und der Friede — Der Tenno — Zahlen des Krieges — Um die geistige Erneuerung — deutsche Bischöfe erheben ihre Stimme. **Ein gewichtiger Beitrag zur Mariologie:** dogmatische, geographische, chronologische Sichtung der Fragen von der leiblichen Himmelfahrt der Gottesmutter. **Bücher:** Frischkopf: «Gott und unsere Zeit»: ein theologisches Buch für Gebildete — Hans Weber: «Das gemeinsame Leben».

Die Entwicklung der österreichischen Universität

1. Der mittelalterliche Universalismus.

Die österreichischen Universitäten gehören zu den ältesten Europas: die Wiener wie die Prager Universität ist im 14. Jahrhundert gegründet worden. Im Gegensatz zu den andern Hochschulen Mitteleuropas wurzeln sie im Geist des christlichen Mittelalters, im Geist eines echten Universalismus. Die alte «Universitas litterarum» war in erster Linie eine Bildungsschule, in zweiter Linie eine Berufsschule. Sie beruhte auf dem Grundsatz, dass die Bildung eine Ganzheit darstellt, dass die einzelnen Wissensfächer nur Glieder dieser Ganzheit bilden. Hierarchisch gegliedert wie die Form war auch der Inhalt der Bildung, die sie vermittelte: dem Primat des Glaubens entsprach der Primat der Theologie. Zum beruflichen Fachwissen gelangte der Hörer erst, nachdem er sich das religiös-philosophische Grundwissen angeeignet hatte. Wie das Wissen nur ein Diener des Glaubens war, so war die Philosophie, welche die beruflichen Wissensfächer einschloss, nur eine Gehilfin der Theologie. Die mittelalterliche Hochschule pflegte die Universitas des Wissens im Zeichen der religiösen Bildung.

2. Der Humanismus.

Aeusserlich vermochte auch der Humanismus an dieser hierarchischen Ordnung nichts zu ändern. Die Theologie und die Rechtswissenschaft, die mit ihr zusammenhing, blieben die «dogmatischen Fakultäten», und die Philosophie hatte nur die Bedeutung einer Propädeutik, einer Vorschulung. Die Lehrstühle, von denen die eigentliche Berufsvorbereitung ausging, waren vielfach gar nicht mit Fachleuten besetzt, sondern mit Vertretern der «dogmatischen Fakultäten» oder ihrer Gehilfen, die medizinischen etwa mit Philosophen. So-

gar der Lehrbetrieb hatte sein ursprüngliches Verfahren beibehalten: weil die Lehrmeinung dogmatisch war, wurde ihre Aneignung nach wie vor durch Disputation bewiesen.

Innerlich war freilich eine grundsätzliche Wandlung erfolgt. Wenn die Geisteswissenschaften im Mittelalter vorherrschten, so nicht allein deshalb, weil sie formal dazu berechtigt waren, sondern vor allem deshalb, weil sie gegenüber den praktischen Wissensfächern viel höher entwickelt, viel reicher und viel lebendiger waren. Das Kennzeichen dieser Blüte war die Spekulation. Die Spekulation war die Seele des mittelalterlichen Universalismus, die Voraussetzung für die Lebendigkeit der hierarchischen Ordnung, die Voraussetzung für den dogmatischen Lehrbetrieb. Mit dem Humanismus verfiel die Spekulation. Wie die Mystik, der sie wesentlich verwandt ist, hatte sie ihre Triebkraft aus der Spannung zwischen Uebernatur und Natur bezogen, aus dem Bemühen, das Sein in seiner ganzen Vielfalt zu erfassen und in seiner Schöpfungseinheit zu begreifen. Die Wissenschaft der Renaissance liess sich von der Erkenntnis der Natur so überwältigen, dass sie darüber die Uebernatur aus den Augen verlor: sie wurde einfältig. Das Wissen war Selbstzweck geworden. Es war nicht mehr Dienst am Schöpfer, sondern Dienst am Menschen. Die «dogmatischen Fakultäten» bestanden noch; aber tatsächlich hatte die Rechtswissenschaft der Theologie den Rang abgelaufen.

3. Die Aufklärung.

Der Humanismus hatte eine Erweiterung des beruflichen Fachwissens gebracht, namentlich in den Naturwissenschaften, in der Heilkunde, in der Staats- und Wirtschaftslehre. Wäre die alte «Universitas litte-

rarum» nicht nur eine leere Form, wäre sie noch lebendig gewesen, so würden sich die neuen Erkenntnisse von selber in die Ganzheit der Bildung eingegliedert haben. Indessen trieben sie gleichsam steuerlos umher: ihrem göttlichen und universalen Zweck entfremdet, waren sie nur mehr Menschenwerk für Menschenzwecke. Weil sich der Mensch einzig auf der Ebene der Natur bewegte, hatte die Bildung für ihn den Sinn verloren. Durchaus folgerichtig war es dann, die Notwendigkeit der Bildungsschule zu verneinen. Wirklich wurden Stimmen laut, welche die Auflösung der Hochschule und die Errichtung besonderer Berufsschulen forderten. Die Bildung erschien unnütz, das berufliche Fachwissen allein nützlich. An der Schwelle des Aufklärungszeitalters kündigte sich bereits der Zersetzungsprozess des Liberalismus an.

An diesem Punkt der Entwicklung setzte die österreichische Universitätsreform ein. Ihr Urheber war der grosse Mediziner van Swieten. Indem er die Theologie endgültig ihres Vorrangs entkleidete, besiegelte er nur eine längst bestehende Tatsache. Immerhin war in ihm die Ueberlieferung von der Einheit der «Universitas litterarum» noch so mächtig, dass er daran festzuhalten wünschte. Um den Charakter einer Bildungsschule zu sichern, enthob er die Philosophie ihrer dienenden Stellung und verlieh ihr den Primat gegenüber den anderen Fakultäten. Der Ausdruck dafür war die Verpflichtung, neben der beruflichen Fachlehre zwei bis drei Jahre Philosophie zu betreiben.

So konservativ diese Reform in formaler Hinsicht war, so revolutionär ihrem Inhalt nach. Die Universitas wurde zwar erneuert; aber sie war säkularisiert, eine Gestalt ohne Seele. Dieser Widerspruch zwischen Gestalt und Gehalt war typisch für das alte Oesterreich, typisch nämlich für den Geist des Josefinismus. Die van Swietenische Universitätsreform entsprach einem Katholizismus, in dem der Offenbarungsglaube verkümmert war; er entsprach der Vorherrschaft des Staates über die Kirche, dem Gegensatz zwischen Staat und Volk, dem Konservatismus der Einrichtungen und dem liberalen Geist, der in diesen Einrichtungen wirkte.

4. Der Liberalismus.

Was van Swieten in Oesterreich verwirklicht hatte, schwebte auch in Preussen den «deutschen Idealisten» vor. Schleiermacher träumte von einer Universitas im Zeichen der Philosophie, und es blieb ein Traum. Die josefinische Hochschule war wenigstens in formaler Hinsicht noch eine Universitas, und sie war es eben dank der universalistischen Ueberlieferung aus dem Mittelalter. Woher sollten in Preussen derartige Ueberlieferungen kommen? Und hätte es solche gegeben, wie würden sie sich in Preussen behauptet haben? In einem Gebilde, das nur eine Ausgeburt der geistigen Unordnung war, konnte auch nicht der Anschein einer Ordnung gedeihen. Der Liberalismus hatte Preussens Aufstieg ermöglicht. Nach dem Gesetz des Liberalismus war die preussische Universitas angetreten, und nach diesem Gesetz entwickelte sie sich.

Die liberale Universitas hat von der alten «Universitas litterarum» nicht mehr als den Namen. Von einer geistigen Einheit kann bei ihr keine Rede sein, nicht einmal von einer formalen, wie sie noch der Reform van Swietens zugrunde liegt. Die liberale «Universitas» ist keine Bildungsschule, sondern eine reine Berufsschule, eigentlich eine willkürliche Zusammenfassung mehrerer Berufsschulen, die miteinander kaum etwas zu tun

haben. Sie ist ungefähr das, was die frühe Aufklärung gefordert hat, nur ohne die entsprechende Folgerichtigkeit durchgeführt. Die technischen, die landwirtschaftlichen, die bergbauwissenschaftlichen, die tierärztlichen und kaufmännischen Hochschulen sind selbständig geworden; nur die theologischen, die rechts- und staatswissenschaftlichen, die medizinischen, die naturwissenschaftlichen und die literarischen haften seltenerweise noch gemeinsam. Auch die österreichische Universitas hat sich dem Liberalismus gebeugt. Vom Primat der Philosophie war an drei Fakultäten überhaupt nichts übrig geblieben, an der philosophischen nur die Verpflichtung, eine philosophische Nebenprüfung abzulegen, wenn das Hauptfach nicht exakte Philosophie war.

In Berlin hatte man das Wiener Beispiel bewundert, ohne es nachahmen zu können; in Wien bewunderte man das Berliner Beispiel nicht, doch ahmte man es nach. Mit dem Durchbruch des Liberalismus hatte sich der Schwerpunkt Mitteleuropas von Wien nach Berlin verschoben. An der Berliner Universitas war der grossdeutsche Gedanke grossgezogen worden, und mit der Burschenschaftsbewegung des Vormärz drang er auch nach Oesterreich. Der Iosefinismus hatte ihm den Boden bereitet: nicht allein bei den Liberalen im engeren Wortsinn, sondern auch bei den liberalen Katholiken. Wes Geistes Kinder die katholischen Akademiker vielfach gewesen sind, zeigt die Bezeichnung «christlich-deutsch», mit der sich alle ihre Standesvereine geschmückt haben. Unter den katholischen Akademikern waren die Vertreter des josefinischen Zwittergeistes jedenfalls weitaus zahlreicher als die Bekenner des christlichen Universalismus und echten Oesterreichtums.

5. Konservative Reformversuche.

Die Wiederherstellung einer echten Universitas wurde in Oesterreich sehr spät versucht, später als in Frankreich, Belgien, der Schweiz, in Ungarn usw. In diesen Ländern hatte sich der Katholizismus dafür eingesetzt. In Oesterreich besann er sich auf diese Notwendigkeit erst, als der Nationalsozialismus vor den Toren stand. Den Anfang machten die Katholischen Hochschulwochen, die alljährlich in Salzburg abgehalten wurden, und aus diesen Ansätzen sollte sich eine katholische Hochschule in Salzburg entwickeln. Die Annexion Oesterreichs hat diesen Bemühungen ein jähes Ende bereitet. Wie ernst der Nationalsozialismus das Salzburger Vorhaben genommen hat, erhellt aus seiner Antwort auf die versuchte «Klerikalisierung des Hochschulwesens». Schon im Sommer 1939 wurden in Salzburg «Wissenschaftswochen» veranstaltet, an denen die Führer der nationalsozialistischen Kulturpolitik und die Rektoren sämtlicher deutschen Hochschulen teilnahmen.

Der Reformgedanke, den die nationalsozialistische Drohung erweckt hatte, rief auch den österreichischen Staat auf den Plan. Die Regierung Schuschnigg ordnete an den Hochschulen eigene Vorlesungen über vaterländische Geschichte und «Weltanschauung» an, die für die Hörer aller Fakultäten verbindlich waren. Die Anknüpfung an die Reform van Swietens ist dabei ganz offenkundig. Auf den josefinischen Liberal-konservatismus deutete sie übrigens nicht allein in formaler Hinsicht, sondern auch dem Inhalt nach: dazu gehört die Berufung auf eine «Weltanschauung» — ein typisch liberaler Begriff —, erst recht die Verkündung des staatlichen Primats, jenes sachte totalitären Anspruchs,

der dem Absolutismus der letzten Habsburger zugrundegelegen ist. Wie so viele katholische «Konservative» — und nicht nur in Oesterreich — ist Schuschnigg dem Nationalsozialismus näher gestanden, als er selber gehnt hat. Klassisch ist der Fall des Historikers Knoll, der mit den erwähnten Pflichtvorlesungen an der Wiener Universität betraut gewesen ist. Am 26. April 1938 hielt er als Rektor der nunmehr nationalsozialistischen Hochschule eine Wiedereröffnungsrede, in der er die Aufgaben einer neuen Wissenschaftspflege erörterte, die «Lebensraumforschung». Als richtiger Josefiner dem Staat an sich verpflichtet, sah er keinen Unterschied zwischen Oesterreich und Grosspreussen, zwischen einem organischen und einem unorganischen Gemeinwesen.

6. Die nationalsozialistische Reform

kann ihre Herkunft vom deutschen Idealismus nicht verleugnen, ebensowenig wie der Nationalsozialismus überhaupt. Zwar blieben die alten Fakultäten bestehen; aber jede Fakultät musste in ihren Lehrplan eine Reihe von Pflichtvorlesungen aufnehmen, welche die Grundsätze des biologischen Materialismus zu entwickeln hatten. Für Oesterreich richtungweisend waren dabei die erwähnten Salzburger «Wissenschaftswochen», die von der SS-Forschungs- und Lehrgemeinschaft «Das Ahnenerbe» veranstaltet wurden. Die Pflichtvorlesungen umfassten Rassenkunde und Erblehre, ferner — als praktische Folgerung aus dem Begriff der Herrenrasse — Wehrwissenschaft und Wehrwirtschaftswissenschaft. Ist das nicht die Erfüllung dessen, was Schleiermacher vorgeschwebt hat, zumindest in formaler Hinsicht? Eine Universitas im Zeichen einer «Weltanschauung» eben: das, was der Liberalismus nicht zu verwirklichen imstande gewesen ist.

Entwicklungsgeschichtlich weist die nationalsozialistische Reform zweifellos auf die geistigen Väter der Berliner Universität. Für Oesterreich bedeutsam ist jedoch, dass diese Entwicklung im wesentlichen mit der josefinischen Ueberlieferung zusammentrifft. Das ist wohl auch der tiefere Grund dafür, dass ein Knoll keine besonderen Hemmungen verspürt hat, von einem Lager ins andere zu wechseln: für ihn ist dieser Wechsel nur scheinbar gewesen. Grundsätzlich verwandt miteinander sind alle Universitäten, bei denen die Einheit der Bildung auf einer «Weltanschauung» beruht. Das gilt für die josefinische Universitas sogut wie für die nationalsozialistische oder marxistische. Soweit dieser Typus eine Ueberwindung der liberalen Zersetzung darstellt, soweit er den Grundsatz einer Bildungsschule erfüllt, bedeutet er einen Fortschritt, zunächst in formaler Hinsicht.

7. Hochschulerneuerung in der Zweiten Republik.

Wie lebendig die Ueberlieferung der «Universitas litterarum» in Oesterreich ist, beweisen die jüngsten Vorgänge: Am 29. April hat sich die Provisorische Regierung der Zweiten Republik Oesterreich gebildet, und schon zwei Monate danach zeigen sich die ersten Ansätze einer universalistischen Reform des Hochschulwesens. Brennpunkte dieser Bestrebungen sind die Universitäten von Wien und Innsbruck. In beiden Fällen handelt es sich darum, die Universität wieder zu einer Bildungsschule zu machen, die einzelnen Fachwissenschaften in die Ganzheit aller menschlichen Erkenntnis einzugliedern und dieser Ganzheit den Vorrang gegenüber den Einzelwissenschaften zu sichern.

Gegeben ist diese Ganzheit durch die Philosophie und die Geschichte. Solange der Josefinismus das Geistesleben Oesterreichs beherrscht hat, ist die Geistesbildung an den Universitäten einseitig begründet worden: nur auf die Philosophie wie bei der Reform von Swietens oder nur auf die Geschichte wie bei der Reform, die unter der Regierung Schuschniggs angebahnt worden ist. Bedingt war diese Einseitigkeit durch die Tatsache, dass die Geistesbildung seit dem Durchbruch des Humanismus ihre Einheit im Geist des Christentums verloren hatte.

Allverbindlich erscheint in der Gegenwart nur ein Bewusstseinsinhalt, der nicht allein oder wenigstens nicht vornehmlich im Glauben wurzelt, sondern in der Erkenntnis von Tatsachen, im Wissen. Allverbindliches Wissen bietet nur die Geschichte, die Grundlage des Nationalbewusstseins und der nationalen Kultur. Auf dieser Einsicht haben die Pflichtvorlesungen für vaterländische Geschichte beruht, die von der Regierung Schuschnigg eingeführt worden sind; darauf beruht auch die Oesterreichische Akademie, die an der Innsbrucker Universität derzeit in Gründung begriffen ist. Diese Akademie soll die kulturellen Belange Oesterreichs wahren: auf dem Gebiet der Literatur, der Musik, der Kunst und der Geschichte. Diesen Gedanken verfolgt auch das Staatsamt für Unterricht in Wien. In seiner Programmrede hat der Staatssekretär Ernst Fischer erklärt, es gehe darum, das österreichische Kulturerbe zu pflegen, zugleich auch darum, die Schwächen der Vergangenheit zu überwinden.

In Wien gehen die Bestrebungen aber noch viel weiter als in Innsbruck. Wie der Unterstaatssekretär Dr. Lugmayer am 27. Juni an der Grazer Universität verkündet hat, soll die alte Einseitigkeit beseitigt, die Geistesbildung nicht allein auf die Geschichte, sondern auch auf die Philosophie gegründet werden, nicht allein auf das Wissen, sondern auch auf den Glauben. Um wirklich eine Bildungsschule zu sein, muss die Universität die staatsbürgerliche Erziehung durch die bekenntnismässige ergänzen.

Die Einheit der Bildung aus dem Geist des Christentums zu entwickeln, ist das Vorrecht einer christlichen Hochschule, wie sie das Mittelalter gekannt hat, oder einer katholischen Universität, wie deren in der Gegenwart entstanden sind. Seitdem die christliche Bildung ihre Allgeltung verloren hat, kann sie an einer Staatsschule nicht mehr allverbindlich sein. Wenn also die katholische Geistesbildung Gegenstand der Universität ist, müssen neben ihr die anderen Bekenntnisse gleichberechtigt erscheinen. So wird an der Wiener Universität neben einer Vortragsreihe über katholische Weltanschauung eine andere über dialektischen Materialismus abgehalten. Um die entscheidende Bedeutung dieser Bildung zu betonen, werden die Vorträge von den zuständigen Ministern der Republik gehalten, von dem Katholiken Professor Dr. Lugmayer und dem Kommunisten Ernst Fischer.

Ein kühner Versuch, gewiss; aber zugleich die erste ernsthafte Bemühung, den wesentlichen Beruf der Hochschule wiederherzustellen, den Beruf einer Bildungsschule. Vielleicht wird es dem kleinen Oesterreich beschieden sein, damit andern Ländern, in denen die Verheerungen einer liberalen Vergangenheit noch nicht beseitigt sind, zum Vorbild zu dienen oder wenigstens einen Anstoss zur organischen Erneuerung des Bildungs- und Erziehungswesens gegeben zu haben.

Innere Entwicklung der Partei der Arbeit

Parteierklärungen

Die erste der wichtigen Erklärungen der P. d. A. nach dem Gründungsparteitag im Oktober 1944 war die des Parteivorstandes vom 12. November (der Parteivorstand der P. d. A. umfasst 94 Mitglieder, die Parteileitung 21) zur Frage der Beziehungen der Schweiz mit der Sowjetunion. Die Sowjetregierung hatte am 1. November erklärt, dass «die schweizerische Regierung in Verletzung ihrer alten demokratischen Tradition viele Jahre lang gegenüber der Sowjetregierung eine feindliche und profaschistische Politik verfolgt hat» und dass sie die Aufnahme diplomatischer und anderer Beziehungen mit der Schweiz ablehne, «weil die Schweizerische Regierung bis jetzt und in keiner Weise auf ihre alte, gegenüber der Sowjetunion feindliche Politik verzichtet hat». — Dazu stellte der Parteivorstand der P. d. A. fest, die Note der Sowjetregierung beschuldige nicht das Schweizervolk, sondern den Bundesrat und sie sei durchaus begründet und berechtigt. Die Demission von Bundesrat Pilet-Golaz bedeute die Wegräumung eines personellen Hindernisses für die Normalisierung der Beziehungen unseres Landes zur Sowjetunion. Es dürfte aber jetzt auf keinen Fall Bundesrat von Steiger zum Chef des Politischen Departements gewählt werden, weil Herr von Steiger als Komiteemitglied der «Ligue Aubert» eine Provokation für die Sowjetunion bedeute. Zur Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen der Schweiz mit der Sowjetunion müsse der bisherige innenpolitische Kurs geändert werden, wozu nötig seien: 1. Aufhebung der Zensur, Bewilligung der von der P. d. A. geforderten Tageszeitungen und Zeitschriften, Aufhebung der Verbote der Arbeiterparteien und allgemeine Amnestie für alle verurteilten Kommunisten. 2. Neuwahl des Nationalrates; bei den Nationalratswahlen im Herbst 1943 sei den Anhängern der verbotenen Parteien die Beteiligung an den Nationalratswahlen verunmöglicht worden. 3. Die Umbildung des Bundesrates, in dem demokratisch und freiheitlich gesinnte Männer die Vertreter des profaschistischen, sowjetfeindlichen Kurses ersetzen müssten. Für die rasche Normalisierung der Beziehungen Schweiz - Sowjetunion verlangt die Erklärung die Entsendung einer Delegation nach Moskau, bestehend aus demokratischen, der UdSSR gegenüber loyal gesinnten Persönlichkeiten. —

Im Dezember forderte die P. d. A. auf, die Kampagne für die Wiederherstellung der Rechte der schweizerischen Arbeiterklasse zu verschärfen. Das Bureau der Geschäftsleitung der P. d. A. hatte an einer Sitzung am 2. Dezember in Zürich Pressefreiheit, Aufhebung der Parteiverbote und Neuwahl des Nationalrates verlangt und in einem Brief an die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrates Widerstand gefordert gegen die Wahl von Bundesrat von Steiger zum Bundespräsidenten.

Am 28. Januar beschloss die Parteileitung der P. d. A. eine Widerstandskampagne für den Fall, dass der vom Bundesrat angekündigte Staatsschutzverlass «neuerdings die Meinungsfreiheit und die demokratischen Rechte des Volkes gefährden sollte». Zur Zusammenführung «aller demokratischen Kräfte des Schwei-

zervolkes» erklärte die Parteileitung: «Die weitgehende Zusammenschliessung, die die Partei der Arbeit der Schweiz durchzuführen beabsichtigt, erstreckt sich natürlicherweise auf die Gewerkschaftsorganisationen, mit denen sie eine enge Zusammenarbeit beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes auf sichern Grundlagen wünscht. Die Partei der Arbeit der Schweiz ist vor allem auch für das Schicksal der schweizerischen Landwirtschaft nach dem Kriege besorgt, und sie wird die legitimen Interessen der Bauern, die selber den Boden bearbeiten und daraus den Lebenserwerb für ihre Familie beziehen, unterstützen. Die Partei der Arbeit stellt ferner fest, dass sie in keiner Weise den religiösen Glauben, der ehrlich und aufrichtig ausgedrückt wird, bedrohen will. Sie wird im Gegenteil stets die freie Ausübung der Religion respektieren und beschützen.»

Der am 24. und 25. Februar in Genf versammelte Parteivorstand der P. d. A. stellte erneut die Notwendigkeit fest, alle Kräfte im Kampf um eine fortschrittlich-demokratische Innen- und Aussenpolitik zu sammeln. «Die P. d. A. wird mit aller Entschlossenheit dafür kämpfen, dass die herrschenden Positionen in Politik und Wirtschaft Männern übertragen werden, die weder durch eine faschistische Gesinnung, noch durch volksfeindliche Massnahmen belastet sind. Die P. d. A. fordert daher die Neuwahl des Nationalrates. Wichtigste unmittelbare Tagesforderung ist nach wie vor die Auszahlung von genügenden Altersrenten als Uebergangsmassnahmen bis zur vollen Wirksamkeit der einzuführenden Altersversicherung» («Sozialismus», Mai 1945, S. 96).

Am 1. März, dem Tage, da die vom Bundesrat verfügte Aufhebung der Parteiverbote in Kraft trat, veröffentlichten führende Mitglieder der Kommunistischen Partei der Schweiz folgende Erklärung: «1. Es ist allgemein bekannt, dass die Kommunistische Partei auch während der Zeit des verfassungswidrigen Verbotes ihrer Partei ihre Tätigkeit nicht eingestellt und ihre Partei nicht aufgelöst hat. 2. Die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind mit wenigen Ausnahmen der Partei der Arbeit beigetreten. Sie geniessen wie alle andern Mitglieder der P. d. A. die gleichen Rechte. Die Kommunisten billigen vorbehaltlos die Politik der P. d. A. Es besteht deshalb für die Kommunisten der Schweiz nicht die geringste Veranlassung, nach der Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei aus der Partei der Arbeit auszutreten und eine Neugründung der Partei vorzunehmen» («Sozialismus», Juni 1945, S. 147).

Die «Berner Tagwacht» vom 2. März schrieb dazu: «Wenn die Führer der kommunistischen Partei die Komödie mit der Partei der Arbeit beibehalten und mitmachen, obgleich sie jetzt offen und ehrlich als Kommunisten auftreten könnten, so hat das zwei Gründe. Erstens hoffen sie mit dem undurchsichtigen, vagen Sammelbegriff «Partei der Arbeit» ähnlich wie Duttweiler mit seinem verschwommenen «Landesring der Unabhängigen» auf Zuzug aus allen Gassen. Man liebt heutzutage nicht die Klarheit, sondern das Zweideutige, das jedem einen Ausweg offen lässt. Auch bei Nicole und Co. Woraus sich der naheliegende Schluss ergibt, dass sie selber ihrer «Kommunistischen Partei» keine Werbekraft beimessen. Sodann dürften finanzielle Erwägungen mitspielen, ja sogar den Ausschlag geben.»

Tatsächlich kam es am 11./12. März zu einer Neugründung der «Kommunistischen Partei der Schweiz», von der in anderem Zusammenhang die Rede sein wird.

Der «Vorwärts» vom 12. April brachte über die Sitzung der Parteileitung am 7./8. April in Zürich ein Communiqué, wonach die P. d. A. trotz der «Lügen- und Verleumdungskampagne seit der Aufhebung der Parteiverbote» «ihre Politik der Zusammenfassung aller Kräfte für die Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes» weiterführen will und Kenntnis genommen wird von dem Erfolg ihrer Arbeit in Genf und im Kanton Waadt. «Die P. d. A. S. folgert aus dieser Lage, dass sie sich durch eine kühne Sozialpolitik immer mehr der unter der kapitalistischen Ausbeutung am stärksten leidenden Volksschichten annehmen muss. Sie fordert alle Kantonalpräsidenten auf, Sozialberatungsstellen einzurichten.» Der von der Expertenkommission vorgelegte Entwurf zur Altersversicherung wird verurteilt und «als der schweizerischen Demokratie unwürdig» erklärt. Die P. d. A. wird für sofortige Altersrenten (200 Fr. für Einzelpersonen und 300 Fr. für Ehepaare über 65 Jahre) weiterkämpfen und «mit allen Kräften zusammenarbeiten, die für eine Altersversicherung eintreten, die es den Alten erlaubt, frei von Not und frei von demütigender öffentlicher und privater Wohltätigkeit zu leben». Sie erklärt sich «unter grossen Vorbehalten, die die Höhe der Ansätze betreffen», bereit, der Ueberführung der Lohnausgleichskassen in eine Kasse für die Altersversicherung zuzustimmen.

Die Sitzung der Parteileitung vom 3. Juni in Bern beschäftigte sich mit Fragen der schweizerischen Aussen- und Innenpolitik: Die P. d. A. fordert den Verzicht auf die Neutralität der Schweiz, «damit unser Land als gleichberechtigtes Mitglied der neuen Weltfriedensorganisation beitreten und an der Wahrung eines dauernden Friedens und der Kollektions-Sicherheit teilnehmen kann.» Sie protestiert dagegen, «dass der Bundesrat entgegen dem klaren Willen des Volkes seine Politik der Begünstigung des nationalsozialistischen und faschistischen Gesindels fortsetzt». «Sie ruft ihre Anhänger auf, überall die Initiative zur Bildung von kantonalen und lokalen Aktionsausschüssen zu ergreifen, um in Verbindung mit den kantonalen Behörden die Säuberung unseres Landes . . . durchzuführen.» Die P. d. A. stellt fest, «dass vom Bundesrat keine ernsthaften Bemühungen zur Normalisierung unserer Beziehungen mit der Sowjetunion unternommen worden sind». Sie verlangt insbesondere «das längst fällige Verbot der Liga Aubert». Die P. d. A. begrüsst es, «dass der Vorstand der Gewerkschaft Schweizerischer Post-, Telefon- und Telegraphenangestellter sich der Forderung der Partei der Arbeit auf vorzeitige Neuwahl des Nationalrates angeschlossen hat». Sie fordert als Uebergangslösung zur Altersversicherung die von ihr bereits früher aufgestellten Altersrenten und die Verwendung der Lohnausgleichskassen dafür. Sie lehnt das Projekt der Schweizerischen Offiziersgesellschaft für die Einführung des obligatorischen Arbeitsdienstes für alle Nichtmilitärpflichtigen und für Verlängerung der Rekrutenschulen ab. Sie fordert ausserdem Neuwahl des Bundesrates und «systematischen Kampf gegen die drohende Arbeitslosigkeit durch die Einführung der Vierzig-Stunden-Woche und durch eine Lohn- und Preispolitik, die . . . den vollen Ausgleich der Teuerung bringt und den Aufstieg zu einer besseren Existenz bietet» («Vorwärts» 7. Juni).

Publikationen der Partei der Arbeit.

Für die Herausgabe von Publikationen hatte die P. d. A. schon vor dem Gründungsparteitag im Oktober 1944 einen «Verlag der Partei der Arbeit» eröffnet und zur besseren Vertretung einen «Literaturvertrieb der P. d. A.» eingerichtet, der im Abonnement sämtliche herausgegebenen Schriften übermittelt. Hier erschien gleich nach dem Parteitag die Broschüre: «Was will die Partei der Arbeit der Schweiz» mit den Parteitagsreden von Karl Hofmaier und Léon Nicole und dem am Parteitag beschlossenen Aktionsprogramm. — Anfangs 1945 erschien die Broschüre: «Sowjetfeindlich? Tatsachen und Dokumente», die die sowjetfeindliche und profaschistische Politik des Bundesrates und der Sozialdemokratie nachweisen soll. — Zum Thema «Schweiz—Sowjetunion» erschienen zwei Broschüren, die eine mit der Rede von Karl Hofmaier: «Der Kampf um die Neuorientierung der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik» vom 5. Dezember 1944 in Zürich, die andere mit der Rede von Nationalrat Dr. Karl Miville in der Sitzung des Nationalrates vom 12. Dezember 1944. — Anlässlich des Todestages Lenins (26. Januar) erschien die Broschüre: «Lenin im Märchen». — «Die Gewerkschaften der Sowjetunion während des Krieges» enthält die Rede des Genossen Kusnetror auf dem Weltgewerkschaftskongress in London. — G. Trofimenkos «Ich war in Deutschland gefangen» schildert die Erlebnisse eines im Sommer 1943 nach der Schweiz geflohenen Offiziers der Roten Armee in einem deutschen Zwangsarbeitslager. — Eine der neuesten Broschüren dieser Reihe: «Was ist mit Triest?» stammt von Dr. Josip Smodlaka, Referent für Auswärtiges im Nationalen Jugoslawischen Befreiungskomitee und Minister ohne Portefeuille in der Regierung Marschall Titos.

Daneben erschienen bis jetzt zwei Nummern einer «P. d. A.-Schriftenreihe», herausgegeben vom Bildungsausschuss der P. d. A. Basel-Stadt; E. Bösiger, Hans Schmidt, Dr. Georg Schmidt, Prof. Dr. A. Baumgarten: «Professor Dr. Arthur Baumgarten zu seinem 60. Geburtstag» und Hans Mühlestein: «Arbeiter und Bauer».

Als periodische Zeitung behielt die P. d. A. bis in das Jahr 1945 hinein das illegale kommunistische Blatt «Neue Welt». Dazu kam seit Mitte 1944 die ebenfalls illegale zweimonatlich erscheinende Zeitschrift «Sozialismus». Die P. d. A. der Westschweiz druckte schon seit Spätsommer 1944 «La voix ouvrière». — Mitte Januar erschien eine Werbenummer des «Vorwärts», die am 25. Januar beschlagnahmt und am 30. Januar wieder freigegeben wurde. Am 16. Februar wurde die Herausgabe des «Vorwärts» und am 27. März die der «Voix ouvrière» als 6mal wöchentliche Zeitung bewilligt. Seit 29. März erscheint nun der «Vorwärts» als Wochenzeitung. Am 5. April bewilligte der Bundesrat auch die beiden P. d. A.-Monatschriften für Politik, Wirtschaft und Kultur, die deutschschweizerische «Sozialismus» und in französischer Sprache «Socialisme». Sie wollen von der marxistischen Weltanschauung aus «jene Richtlinien klarstellen, die in Politik, Wirtschaft und Kultur für die nächsten Jahre massgebend und richtig sind, und zwar für die Schweiz intern sowohl, wie für sie in Beziehung zum Ausland, und jene des gegnerischen Blockes entlarven und kaltstellen» («Vorwärts», 10. Mai 1945).

Im August gab die «Horizont A.-G., Basel» eine Werbenummer «Der grüne Heinrich» (Schweizerische literarisch-satirische Zeitung) heraus, die zwar den Zusammenhang dieser neuen Zeitschrift mit der P. d. A.

bestreitet. Es wird in dieser Nummer aber die P. d. A. verteidigt, das Antirussische des Bürgertums gesudelt und Bundesrat von Steiger und Etter werden in einer Art und Weise persifliert, dass man geradezu gezwungen wird, den geistigen Standort der neuen Zeitschrift in P. d. A.-Kreisen zu suchen. Zudem ist der Redaktor C. F. Vaucher ein sehr linksstehender Herr.

«Freie Jugend».

Die an Pfingsten 1944 gegründete «Freie Jugend» will von keiner Partei abhängig sein; sie hat aber zum Parteitag der P. d. A. im Oktober 1944 einen Bericht erstattet und erklärt, dass sie politisch auf dem gleichen Boden stehe wie die P. d. A. (s. «Apolog. Blätter» 1944, S. 152 und 250).

Im Oktober 1944 zählt die «Freie Jugend», wie die «Apolog. Blätter» damals berichteten, 27 Sektionen und 13 Stützpunkte. Im Januar 1945 wurden 5 neue Sektionen gemeldet: Vernier, Grenchen, Ostermundigen, Uster, Erlenbach und Meilen. In der «Jungen Garde», dem Organ der Jungnaturfreunde, schrieb die «Freie Jugend» damals: «Die F. J. wartet nicht, bis die Jugendlichen sie suchen kommen, sie geht hinaus zu ihnen, überall, wo sie zu finden sind». — An der Jahresdelegiertenversammlung am 3./4. Februar 1945 in Zürich waren 35 Sektionen vertreten. Die Aufzählungen der F. J.-Sektionen differieren vielfach, was auf Fluktuation und Unbeständigkeit schließen lässt. In der «Freien Jugend» vom Juli/August 1945 werden 48 Sektionen angeführt. Mitgliederzahlen gibt die «Freie Jugend» nicht bekannt.

Die ab 1. März 1945 gültige Aufhebung der Parteienverbote betraf auch die «Sozialistische Jugend». Eine Agenturmeldung vom 1. März berichtet indes, Vertreter der «Sozialistischen Jugend» und der «Freien Jugend» hätten die neu entstandene Lage bei der Aufhebung der Parteienverbote geprüft und beschlossen, ihre Organisation nicht mehr erstehen zu lassen; die ehemaligen Mitglieder der Sozialistischen Jugend träten in die «Freie Jugend» ein. Also eine Erklärung parallel der von führenden Kommunisten, die mit Hinweis auf das Bestehen der P. d. A. auf die Neubildung einer legalen kommunistischen Partei verzichteten.

Seit April 1945 hat die «Freie Jugend» ein eigenes Monatsorgan gleichen Namens. Das Organ der Jungnaturfreunde «Junge Garde», das bis dahin der «Freien Jugend» gedient hatte, ging daraufhin ein.

Eine Zentralvorstandssitzung der «Freien Jugend der Schweiz» vom 18./19. November 1944 in Zürich beschloss, dass die F. J. sich hauptsächlich für die unmittelbaren Forderungen der werktätigen Jugend einsetzen solle. Die F. J. beteiligte sich vordringlich an einer «Petition zum Schutze der Jugend», wenn diese nicht gar von ihr ausging. Bis zum Januar 1945 waren für die Petition 43,000 Unterschriften gesammelt worden. In einem Werbeblatt vom Anfang dieses Jahres stellt sie vor allem ihre Kampfforderungen heraus. Auf wirtschaftlichem Gebiet: volle Leistungslöhne, Maximalarbeitszeit von 40 Stunden, rascheste Verwirklichung der Altersversicherung. Auf kulturellem Gebiet: jährlich mindestens 3 Wochen voll bezahlte Ferien, bessere Bildungsmöglichkeiten für alle Jugendlichen, umfassender Gesundheitsschutz ohne finanzielle Beanspruchung der Jugendlichen. Auf politischem Gebiet: unverzügliche Wiederherstellung der vollen demokratischen Rechte für die ganze Arbeiterschaft, Gleichberechtigung der Frau im Stimm- und Wahlrecht, Bewilligung der Jugendzeitung «Freie Jugend».

Die «Freie Jugend» sucht als demokratische und antifaschistische Jugend den Anschluss an demokratische und antifaschistische Weltjugendbewegungen. Der erste antifaschistische Weltjugendkongress Ende März in London, an den die «Freie Jugend der Schweiz» ein Begrüssungstelegramm richtete, schuf einen «Weltjugendrat» mit Sitz in London. Auf Initiative der «Freien Jugend» ging im Juli ein von verschiedenen schweizerischen Jugendorganisationen unterzeichneter (Bund der Schweiz, Genossenschaftsjugend, Evangelische Jugend-Konferenz der Schweiz [mit Vorbehalt], Freie Jugend der Schweiz, Jungliberale Bewegung der Schweiz, Schweiz. Gewerkschaftsjugend, Schweiz. Jungguttempler, Schweiz. Jungkaufleute, Touristenverein «Die Naturfreunde»-Jugendgruppe, Sozialistische Arbeiterjugend der Schweiz, Verband Schweiz. Studentenschaften) gemeinsamer Bericht an diesen Weltjugendrat, der die Schaffung einer internationalen, alle Jugendverbände umfassenden Organisation begrüsst und über die Fragen der Demokratie, des Weltfriedens, des sozialen Fortschrittes, der Erziehung und der internationalen Zusammenarbeit durchaus nicht-marxistische Grundsätze aufstellt, die zum Teil sehr gut sind und Wesentliches treffen (zumal, was über Erziehung gesagt wird), so dass man sich wundert, dass die «Freie Jugend» diesen Bericht unterzeichnete.

Bei ihrem Streben, mit anderen Jugendkreisen Führung zu nehmen und in Zusammenarbeit zu kommen, wird von der «Freien Jugend» die katholische Jugendbewegung der Schweiz besonders beachtet. Zuerst kamen sehr anerkennende Artikel über die katholische Jugendarbeit (s. «Junge Garde» Nov. 1944, S. 12 f.). Das vergebliche Liebeswerben wurde dann mit Angriffen auf die Leitung der katholischen Jungmannschaft vergolten, die «demokratisch» «nach dem Führerprinzip» vorangehe und der es nicht «um das Wohl der arbeitenden Jugend» zu tun sei (s. «Freie Jugend», Mai, Juli/August). Die Verbandsführertagung des Schweiz. Kathol. Jungmannschaftsverbandes am 1./2. September in Einsiedeln hat den Versuch, einen Keil zwischen Führung und Jungmannschaft zu legen, eine energische Antwort gegeben, soweit es der über 20,000 Mitglieder zählende katholische Jungmannschaftsverband überhaupt nötig hat, offiziell auf Angriffe der «Freien Jugend» zu reagieren.

Man gewinnt den Eindruck, dass die «Freie Jugend», die übertragen auf die Jugendverhältnisse genau die gleiche Politik betreibt, wie die P. d. A. und ganz und gar nicht die Zugkraft besitzt, wie die Partei der Erwachsenen, wobei dahingestellt bleiben soll, ob die Schuld daran an der Interessenlosigkeit der Jugend überhaupt liegt oder nur am Desinteresse an einer vorbetont politischen und sozialen Bewegung.

Weitere nahestehende Gruppen.

Wenn wir im Zusammenhang mit der linksextremen Bewegung hier noch einige Gruppen nennen, so wollen wir damit durchaus nicht sagen, dass es sich um Gesellschaften oder Sektionen handelt, welche die P. d. A. oder Kommunisten ins Leben gerufen oder geschaffen haben, um ihren Aktionsradius zu vergrössern oder mit ihren Ideen in Kreisen Eingang zu suchen, die ihnen sonst verschlossen geblieben wären. Es handelt sich aber um die Vertretung von wirtschaftlichen, kulturellen oder humanitären Anliegen, die der Politik der P. d. A. mittelbar oder unmittelbar naheliegen, sodass die P. d. A. sich lebhaft dafür interessiert. Es bildet sich eine Interessengemeinschaft, die eine Atmosphäre der Aufgeschlossen-

heit und Unvoreingenommenheit schafft. Das Unterscheidende wird nicht gesehen oder doch als zweitrangig in den Hintergrund geschoben. So kommt es, dass Leute mit ganz anderen politischen und weltanschaulichen Grundtendenzen, als sie die P. d. A. verfiicht, Kommunisten und Revolutionären willkommene Hilfe leisten und Einflußsphären schaffen, ohne das eigentlich zu wollen.

Das gilt einmal von der im Februar 1944 gegründeten «Gesellschaft Schweiz—Sowjetunion», die sich die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion zum Ziele gesetzt hat. Man kann selbstverständlich dieses Ziel verfolgen und auch für die Kultur des neuen Russland interessiert sein, ohne Marxist oder Kommunist zu sein und ohne für die Förderung kommunistischer Bestrebungen im eigenen Land Sympathie zu haben. Die Gesellschaft versichert auch, dem schweizerischen Vaterland zu dienen und wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln. Aber da sich in dieser Gesellschaft ziemlich viele geistige Führer der P. d. A. finden (u. a. sind sowohl der Zentralsekretär Dr. M. Stohler, wie der Redaktor der Zeitschrift «Schweiz-Sowjetunion», Dr. Fritz Heeb führende Persönlichkeiten in der P. d. A.), untersteht sie auf jeden Fall irgendwie dem Einfluss der P. d. A. und mit der Steigerung dieses Einflusses kann sie eines schönen Tages zu einem bedeutenden Instrument der P. d. A.-Politik werden. Auf jeden Fall ist Tatsache, dass mit der öffentlichen Vortragstätigkeit dieser Gesellschaft ein gutes Stück kommunistisches Gedankengut propagiert wird. Ja, einzelne Vorträge unterscheiden sich von kommunistischen Propagandaabenden nur durch den andern Rahmen und das teilweise andere Publikum. Die Gesellschaft hat an der Delegiertenversammlung vom 8. April im Kongresshaus in Zürich einen Mitgliederbestand von über 2700 bekanntgegeben.

Aehnliches gilt aus den gleichen Gründen für die «Centrale sanitaire suisse», für das «Hilfswerk für Jugoslawien» und neuestens für das «Schweizerhilfswerk für die Tschechoslowakei».

Der Ueberblick sagte, dass sich die äusserste Linksbewegung nicht nur zahlenmässig und organisatorisch entwickelt, sonder auch in der schweizerischen Öffentlichkeit einen ansehnlichen Platz erworben hat. Kein Wunder, dass die Diskussion um dieselbe und namentlich um die P. d. A. nicht ausblieb, wovon ein späterer Beitrag handeln soll.

Schweres Ringen eines katholischen Volkes

Mit besonderer Vorsicht berichteten wir in der Nummer 12/13 vom 30. Juni a. c. über die Lage der katholischen Kirche in Kroatien (Jugoslawien): Es liegt uns fern, unkontrollierte, sensationelle Nachrichten zu bringen, Tatsachen zu übertreiben oder Einzelfälle zu verallgemeinern. Wir halten uns an den Grundsatz: Veritas liberabit nos. Wir bringen nur die volle Wahrheit und meiden es auch, offene Gegner des Katholizismus ungerecht anzuklagen.

Seit dem Erscheinen der Nummer 12/13 bekamen wir nun einen neuen traurigen Bericht über die äusserst schwierige Lage, in welcher sich jetzt das kroatische

katholische Volk in Jugoslawien befindet. So sehr dieses Volk schon während des Krieges gelitten hat, sind die Leiden, welche es jetzt zu ertragen hat, noch grösser und schwerer. Wir werden hier nur Tatsachen bringen, überlassen es aber den Lesern selbst, sich ein Urteil über die dortigen Zustände zu bilden. Dabei muss betont werden, dass unsere Ausführungen in diesem Bericht nur einen Teil von dem darstellen, was dort eigentlich vor sich geht, denn nur schwer, nur sehr schwer dringen die Klagen und Seufzer des gequälten Volkes durch den eisernen Vorhang, welcher jetzt Jugoslawien von der übrigen Welt trennt.

Es tritt immer deutlicher zu Tage, dass das Regime Marschall Titos ein kompromisslos kommunistisches Regime ist. Die kommunistische Doktrin wird von diesem Regime auf allen Gebieten angewendet: auf religiös-kulturellem, wirtschaftlich-sozialem und allgemein politischem Gebiet. Dieses Regime orientierte sich ganz nach Moskau und sein Programm lautet: «... la Yougoslavie s'orientera de plus en plus vers une politique d'étroite collaboration avec l'URSS, tendant finalement à s'intégrer dans une grande fédération des Etats slaves et soviétiques» (Courrier yougoslave No. 1, Genève, Consulat général de Yougoslavie). —

In der Durchführung seines Programms hält sich das Regime Marschall Titos sowohl an die Formen wie auch an die Methoden, welche in Sowjetrussland Anwendung finden. Der Radikalismus, mit welchem diese Formen und Methoden ihre Anwendung finden, gleicht jenem aus dem ersten Jahrzehnt nach der russischen Revolution.

Titos Religionspolitik

Die Stellungnahme des Regimes Marschall Titos gegenüber Religion und Kirche ist durch folgende, leider schon durchgeführte Massnahmen charakterisiert: **Trennung der Kirche vom Staat, Abschaffung des Religionsunterrichtes in Schulen, Entziehung jeder sowohl moralischen als auch materiellen Unterstützung der Kirche, Beschlagnahme aller Kirchengüter, obligatorische Einführung der Zivilehe, Abschaffung der katholischen Privatschulen, volle Unterdrückung der katholischen Presse.** Die gesetzlichen und administrativen Massnahmen sind in erster Linie gegen die katholische, dann aber auch gegen die serbisch-orthodoxe Kirche gerichtet. Das geht deutlich aus der den Auslandskorrespondenten unlängst abgegebenen Erklärung des Metropoliten Joseph hervor, welcher jetzt die serbische Kirche verwaltet, da der Patriarch Gawrilo vor Tito über die Grenze nach dem Westen geflüchtet ist. Dabei ist beachtenswert, dass der Metropolitan Joseph anfangs ein begeisterter Anhänger des neuen Regimes war. Seine ersten Erklärungen waren für das Regime günstig, und er wohnte den ersten politischen Manifestationen des Regimes bei, ja er führte sogar die serbisch-orthodoxe Delegation nach Moskau, um seine Aufrichtigkeit zu beweisen. Deswegen wurde er von den neuen Herren in Belgrad als grosser Patriot gefeiert. Trotz alledem ist seine Enttäuschung so gross, dass er es bei aller Gefahr, sogar für sein Leben, gewagt hat, den ausländischen Pressevertretern eine Erklärung abzugeben, die nach Exchange u. a. folgendes enthält: «Leider bekunden die verantwortlichen Stellen für die orthodoxe Kirche trotz ihrer korrekten Haltung nicht das Verständnis, das sie verdient. Fragen des Religionsunterrichtes, die Leugnung religiöser Verpflichtungen

tungen des Staates gegenüber der Kirche und die Vorbereitung von Gesetzen, die die elementarsten Rechte der Kirche betreffen, ohne dass diese konsultiert wird, alles das enttäuscht uns erheblich». Weiter sagt er: «Es kam zur Konfiskation der Kirchengüter. Während des Gottesdienstes werden vor den Kirchen oft Versammlungen abgehalten usw.»

In der Praxis geht aber das Regime des Marschalls Tito noch weiter, als man aus den erwähnten gesetzlichen und administrativen Massnahmen schliessen könnte. Das Regime entwickelt unter der Jugend eine intensive Propaganda, um sie für die kommunistische Weltanschauung zu gewinnen. Schon während des Krieges wurden in den «befreiten» Gebieten Versammlungen veranstaltet — der Besuch derselben war obligatorisch —, auf welchen die materialistische Weltanschauung propagiert wurde. Ueber Religion, Kirche und Geistlichkeit sprach man bei solchen Gelegenheiten nur mit Geringschätzung. Man sprach über die unzeitgemässen, veralteten moralischen Gesetze, besonders hinsichtlich der sexuellen Beziehungen, wobei diese Versammlungen für die Jugend beider Geschlechter in der Regel bei Nacht veranstaltet wurden. Als dann das ganze Land «befreit» war, wurde die Geistlichkeit angeprangert als profaschistisch und asozial, was im kommunistischen Wörterbuch dasselbe bedeutet wie: Verräter sein am arbeitenden Volk. Daraufhin kamen die Verfolgungen des Klerus. Schon während des Krieges wurden in Kroatien und Slowenien von serbischen Tchetnitsi und Titopartisanenbänden ungefähr 60 Priester ermordet. Nach bisher eingetroffenen Meldungen wurden bis jetzt nur in Kroatien unter dem neuen Regime etwa 150 katholische Geistliche hingerichtet. Zwei Bischöfe haben das Leben verloren: Msgr. Cerevic wurde von Partisanenbänden in der Umgebung von Zagreb erschossen, während Bischof Msgr. Tschekada von bulgarischen Kommunisten ums Leben gebracht wurde. Msgr. Simrak, griechisch-katholischer Bischof in Krizevci (Kroatien) wurde zum Tode verurteilt, dann aber begnadigt, unter der Bedingung der Demission. Zwei Bischöfe, Msgr. Tschule (Mostar) und Msgr. Budanoric (Subotica) wurden von den Partisanen irgendwohin verschleppt und sind spurlos verschwunden. Msgr. Stepinac (Zagreb), der unerschrockene, mutige Kämpfer gegen die Besatzungsmacht, war 17 Tage in Haft. Drei Bischöfe, Msgr. Sanic (Sarajewo), Msgr. Garic (Banja Luba) und Msgr. Rozman (Ljubljana) sind ins Ausland geflüchtet. Msgr. Srebrnic (Krh) ist verhaftet. Von anderen sechs Bischöfen weiss man nur, dass sie noch am Leben sind. Mehrere Hunderte von Priestern befinden sich in Konzentrationslagern, einige Dutzende sind mit 10—20 Jahren Gefängnis bestraft worden. Ganze Provinzen sind ohne Geistliche geblieben.

Die serbisch-orthodoxe Kirche hat bei weitem nicht so viele Opfer. Nur sehr wenige Priester sind ums Leben gekommen. Patriarch Gawrilo mit drei Bischöfen sind ins Ausland geflüchtet.

So ist also die Lage in Jugoslawien in religiös-kultureller Hinsicht. Das bestätigte unlängst auch ein englischer Journalist, als er am Radio London über seine Eindrücke in Belgrad berichtete. Er sagte, dass von den vier Freiheiten des Präsidenten Roosevelts in Jugoslawien zwei sicher nicht respektiert werden: die Religionsfreiheit und die Freiheit der politischen Ueberzeugung. Da die Kroaten ein streng katholisches Volk sind, kann man sich leicht vorstellen, welche Leiden es zu ertragen hat.

Die wirtschaftlich-soziale Lage.

Leider ist die Lage auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet nicht besser. Allen «Profaschisten», zu denen alle demokratisch und anglophil orientierten Elemente gerechnet werden, wurde das Vermögen beschlagnahmt. Das Parlament Titos verabschiedete unlängst ein Gesetz, laut welchem dem einzelnen Grundbesitzer nur noch $3\frac{1}{2}$ Hektar belassen werden, während der Rest für Partisanen und für Kollektivwirtschaften beschlagnahmt wird. Allgemein gesprochen, herrscht im Lande auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein Chaos, wie das vor kurzem der Korrespondent des «Observer» festgestellt hat. Dasselbe erklärte gelegentlich seiner Demission vor einigen Tagen der erste Vizepräsident der jugoslawischen Regierung, Dr. Grol, als er behauptete, dass infolge des kommunistisch-doktrinären Vorgehens der Regierung ein Wiederaufbau des Landes unmöglich sei. In den Städten und landwirtschaftlich passiven Gegenden herrscht Hunger. Dabei leidet am meisten wieder Kroatien, wo die Regierung das kroatische Geld, Kuna, gegen das neue Geld, Dinar, in einem Verhältnis von 1000:7 (tausend gegen sieben) wechselte, während in Serbien die Dinar des serbischen Quisling Noditsch gegen neue Dinar in einem Verhältnis von 1000:50 (tausend gegen fünfzig) gewechselt wurde. Es geht offensichtlich darum, die kroatischen Gegenden zu verarmen, um so den Widerstand der Kroaten lahm zu legen.

In grösster Gefahr befindet sich jeder wohlhabendere Mensch. Es genügt nur eine, wenn auch lügenhafte Anzeige eines Arbeiters oder Angestellten, dass der betreffende Arbeitgeber mit Arbeitern schlecht umgegangen sei, um Vermögen und Leben zu verlieren. Die gewöhnlich im Urteil benützte Formel lautet: wegen asozialer Behandlung der Arbeitnehmer.

Die Beamten sind von den Verfolgungen auch nicht verschont geblieben. Unlängst wurden allein aus Zagreb rund 1500 Beamte zu Zwangsarbeit weggeführt mit der Begründung, sie hätten die «Volksbefreiungsbewegung» nicht aktiv unterstützt.

Die politische Lage.

In politischer Hinsicht befindet sich Marschall Tito in grössten innen- und aussenpolitischen Schwierigkeiten. Innenpolitisch begeht Tito einen Fehler nach dem anderen. Von einer Presse- und Redefreiheit oder der Freiheit der Tätigkeit der politischen Parteien kann keine Rede sein. Es besteht nur eine politische Partei, in welcher die Kommunisten die Führung vollkommen in ihren Händen haben. Unlängst wurde das Gesetz über die Wahlen veröffentlicht, nach welchem ein grosser Teil des Volkes seines Stimmrechtes beraubt wird. Das Stimmrecht haben aber die «kommunistischen Kämpfer» sogar, wenn sie jünger sind als 18 Jahre und zwar auch dann, wenn sie in die Wahllisten eines Ortes nicht eingetragen sind! Wegen dieses Gesetzes demissionierte der erste Vizepräsident der Regierung, Dr. Grohl, eine der führenden Persönlichkeiten der serbischen demokratischen Partei, wobei er erklärte: «Dieses Gesetz beraubt nicht nur die Kollaborationisten, sondern auch alle Gegner der kommunistischen Partei des Stimmrechtes».

Einen schweren Schlag erlitt Tito durch Emigrierung des populären Präsidenten der kroatischen Bauernpartei, Dr. Matschek. In seiner ersten Erklärung, welche er «New York Times» gegeben hat, sagte

Dr. Matschek: «Titos Regierung versucht, eine vollkommene kommunistische Diktatur einzuführen. Es besteht kein Zweifel, dass der Angriff gegen die Demokratie gerichtet ist; die Bauernpartei wird in Kroatien als Staatsfeind Nr. 1 betrachtet. Wäre ich nicht beizeiten geflüchtet, so wäre ich allem Anschein nach von den Partisanen verhaftet worden. Während der vier Jahre meiner Internierung durch die Deutschen erhielt ich Nachrichten, dass mich die Kommunisten in ihrer Presse wiederholt angreifen. Ich kam zur Ueberzeugung, dass es viel besser sei, vor dem eisernen Vorhang zu sein, als hinter ihm. Ich verfüge über keine Informationen, was sie hinter diesem Vorhang treiben, aber es ist zweifellos, dass sie einen solchen Vorhang nicht brauchen würden, wenn ihr Schaffen redlich wäre.»

Es ist schwer, meine Pläne vorauszusagen, da sie von den Beschlüssen der Alliierten abhängen. Eines aber ist sicher: Solange ich lebe, werde ich für die Demokratie kämpfen. Kroatien, sei es in Föderation mit den übrigen jugoslawischen Staaten oder unabhängig, muss faktisch frei sein. Wie dem auch sei, Titos kommunistische Bewegung kann in Kroatien nie populär werden.» —

Die Position Dr. Matscheks, dieses ungekrönten kroatischen Bauernkönigs, wie er seinerzeit von einem ausländischen Journalisten genannt wurde, ist unanfechtbar. Der kroatische Bauer steht ihm treu zur Seite, seitdem er das Erbe des Bauernführers Radic übernommen hat. Zur Zeit der härtesten Diktatur unter Stojadinovic bekam Dr. Matschek bei den Wahlen 1938 trotz allen Verfolgungen beinahe 100prozentig die kroatischen Stimmen einschliesslich der Stimmen der kroatischen Intelligenz.

Die aussenpolitische Position des Marschalls Tito ist womöglich noch schlechter als die innenpolitische. Sein vollständiger Misserfolg in Fragen um Triest, Kärnten, Mazedonien, Albanien hat seine sonst schwache Position stark erschüttert und seinem Ansehen sehr geschadet, so dass es kaum möglich ist, dass er sich noch längere Zeit am Staatsruder hält. Dass er noch da ist, hat er nur der Unterstützung Moskaus zu verdanken. Inzwischen fängt es im Balkan an zu dämmern, und zwar in Bulgarien und Rumänien ganz spürbar. Jugoslawien ist aber für den Kommunismus eine noch härtere Nuss — und diese wird Tito nicht knacken. Nur ist noch die Frage, wieviel Opfer der Kampf kosten wird. Jedenfalls hängt das in hohem Masse auch davon ab, in welchem Tempo die angelsächsischen Demokratien die Demokratisierung des Balkans durchzuführen beabsichtigen.

Ex urbe et orbe

Die Atombombe hat auch den Berichterstattern etwas zu sagen. Sie mahnt zur Vorsicht beim Blick auf die Zukunft. Wäre die Erfindung zuerst von den Nationalsozialisten gemacht worden, die Weltgeschichte hätte einen andern Lauf genommen, und die Richter in den heutigen politischen Prozessen sässen auf der Anklagebank. Diese Atombombe will uns an das Unberechenbare im Weltgeschehen erinnern, in christlicher Sprache an die Vorsehung. In ähnliche Richtung weisen Ueberlegungen, wie sie etwa Sven Herman Kjellberg in seinem Buch «Russland im Krieg» anstellt. Der Verfasser fragt sich im letzten Kapitel nach den Absichten des russischen Diktators in Sachen der Weltrevolution und überhaupt der russischen Politik und kommt zu der Auffas-

sung, dass «auch das Unerwartetste» im Bereich des Möglichen liege. Gott lenkt die Gedanken der Erfinder und auch die Herzen der Diktatoren, und weil das so ist, wird der Christ vertrauensvoll in die Zukunft schauen. Er wird sich zudem sagen, dass weder eine Atombombe noch die Willkür von Tyrannen jene entscheidende Bedeutung haben, die oberflächliches Denken ihnen zuschreibt. Eine Weltherrschaft, die sich auf die zeitweilige Ueberlegenheit einer noch so gewaltigen Explosionsenergie gründet, steht nicht bloss darum auf schwachen Füssen, weil es ja möglich ist und sogar wahrscheinlich, dass in den Laboratorien des Gegners seine Machtquelle bald ausgeschaltet oder übertrumpft wird, sondern vor allem deshalb, weil kein einziges menschliches Problem durch rein technisch fundierte Macht gelöst werden kann.

Es berührt überaus sympathisch, was General Douglas Mac Arthur bei der Zeremonie der japanischen Kapitulation an Bord des amerikanischen Schlachtschiffes Missouri ausführte: «Wir haben eine letzte Chance gehabt. Wenn wir jetzt nicht ein grösseres und gerechteres System aufbauen, steht der Untergang vor der Türe. Das Problem ist im Grunde genommen ein theologisches und macht einen geistigen Umbruch sowie eine Besserung des menschlichen Charakters nötig, damit dieser mit unserem fast unvergleichlichen Fortschritt in Wissenschaft, Kunst, Literatur und mit den materiellen und kulturellen Entwicklungen der vergangenen zweitausend Jahre Schritt halte. Lasst uns beten, dass der Friede jetzt in der ganzen Welt wieder hergestellt werde und dass Gott ihn uns immer erhalte.»

Vielleicht hätten Europäer, denen man in einem solchen Augenblick von «theologischen» Problemen gesprochen hätte, blasiert gelächelt. Vor Japanern aber brauchte der alliierte Befehlshaber so etwas nicht zu fürchten. Mögen uns nämlich ihre religiösen Anschauungen noch so fremd anmuten, es liegt etwas unvergleichlich Tiefsinniges darin, wenn der Kaiser von Japan sich zurückzieht, um mit seinen Ahnen das Schicksal seines Landes betend zu überlegen. Europa und ein grosser Teil der westlichen zivilisierten Menschheit scheinen heute nicht im Traume daran zu denken, sich der grossen heiligen Ahnen unserer Kultur zu erinnern, und sie preisen statt dessen die «Grossen Drei» und morgen die «Grossen Vier oder Fünf», und sie verschwenden ihre panegyrische Anbetung an Persönlichkeiten, die immerhin noch nicht dem Urteil einer kommenden Generation standhalten müssen. Nicht die destruktiven und explosiven Tendenzen und Stoffe unserer traurigen Gegenwart werden über die Zukunft entscheiden, sondern einzig und allein die Frage, ob wir noch Seelengrösse genug haben, um zu den Gedanken unserer Ahnen zurückzukehren.

Das europäische Chaos und seine Ueberwindung.

Nachdem die Sensationen des Krieges ein Ende genommen haben, unterbricht nichts mehr die lähmende Stille, die der graue Alltag der Not über Europa legt. Wie gross das Nachkriegselend eigentlich ist, das hat Louis Emrich vor kurzem in einem Buch dargelegt, dessen Uebersetzung im «Europa-Verlag» erschienen ist. Es ist notwendig, sich die grausamen Ziffern, in denen sich das europäische Chaos spiegelt, dauernd vor Augen zu halten, wenn man seine Gedanken nach der Wirklichkeit ausrichten will. Wir lesen dort: «Die Bilanz des zweiten Weltkrieges, gezogen per 8. Mai 1945, dem Ende des Krieges in Europa, ist grauenerregender als man bisher anzunehmen wagte. Sie zeigt folgendes Bild: 14,450,000 tote Soldaten und Offiziere; 29,650,000 Verwundete und Krüppel; 2,860,500 durch Bombardemente getötete Zivilisten; 21,245,000 Menschen, die völlig ausgebombt wurden; 15,000,000 Evakuierte und Deportierte; 11,000,000 Menschen, die in den Konzentrationslagern waren und grössten Teils dort umgekommen sind; 5,500,000 tote Soldaten und Offiziere und sonstwie ermordete Zivilisten; 32,3 Millionen fehlende Wohnräume . . . weit über eine Million Kilometer zerstörte Haupt-, Distrikt- und Nebenstrassen; zehntausend gesprengte Brücken, Viadukte, Hafenanlagen und Tunnels und ungezählte Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, Museen, Theater, Banken und sonstige Gebäulichkeiten . . .» Dazu kommen noch die Folgen des Krieges für die physische Konstitution der Ueberlebenden, für ihre moralische Haltung, und das alles beweist, dass sich die Menschheit noch nicht so bald glücklicher Tage des Friedens freuen wird.

Nehmen wir noch hinzu den Druck, der über Europa liegt, das seine alte Schaffensfreude verloren zu haben scheint. Das einst so mächtige England ist heute so tief verschuldet, weit von einem normalen Wohlstand entfernt und auf die Hilfe, die nicht immer lebenswürdig gegebene, Amerikas angewiesen ist. De Gaulle, der Chef des ebenfalls einst so gewaltigen französischen Empires muss froh sein, wenn ihm der Präsident der Vereinigten Staaten ein paar Milliarden als Almosen hinwirft. Spanien ist ständig von neuen Katastrophen bedroht, in Italien gehen Mord und Totschlag um, wird die Einheit durch separatistische Bewegungen gefährdet, erhebt im Norden der Kommunismus gefährlich sein Haupt, und über dem ganzen europäischen Osten liegt eine dunkle schauerhafte Nacht.

So wichtig und vordringlich es nun auch sein mag, so unmittelbar wie möglich an die Arbeit zu gehen und menschenwürdige allgemeine Zustände wieder herzustellen, so wollen wir doch nicht vergessen, dass ohne eine geistige Erneuerung das kommende Chaos nicht überwunden werden kann. Da müssen schon Menschen her, die ganz und gar von einer reinen Idee beseelt sind, von denen eine solche magische Kraft ausgeht, dass sie die verzweifelten Massen mit sich fortreissen. Aber welche Idee muss es denn sein? Sicherlich nicht eine von denen, die in der Vorkriegszeit Europa ins Elend gestürzt haben. Glaubt wohl jemand im Ernst, dass es genügen könne, jetzt die Geister der Grössen unseres Erdteils zu beschwören, die der noch so glänzende Ausdruck eines bereits säkularisierenden Europas gewesen sind? Wir müssen vielmehr zurück bis zu den Ideen, die an der Wiege der europäischen Menschheit gestanden haben.

Eben das aber geschieht in der grossen Presse und Propaganda in keiner Weise. Und so kehrt man, geistig und seelisch steril geworden, nur bis zu einer Vergangenheit zurück, die doch den Keim der Zersetzung in sich hatte. Jeder ehrliche gebildete Mensch aber muss sich im Grunde seines Herzens sagen, dass dies ein vergebliches Tun ist, dass man nur noch eine Möglichkeit hat, nämlich die Fahne des Christentums zu entrollen, in aller Öffentlichkeit, ohne Angst vor greisenhafter Blasiertheit, dass man unbekümmert um die stümperhaften Architekten der Zukunft ruhig und klar den Baustein, den Richtstein, in die Fundamente legt, «den die Bauleute verworfen haben». Aber sagen wir es ganz offen: Viele unserer Gebildeten, die heute führen sollten, stecken noch bis über die Ohren in einem überlebten Liberalismus, und während sie sich vielleicht noch an religiösen Zeremonien beteiligen, praktizieren sie im täglichen Leben einen Laizismus, der ihrer heidnischen Umgebung mit einer staunenswerten Mimi-kri angepasst ist. Es muss so etwas kommen, wie Cluny in der alten Zeit, wie ein Konzil von Trient, jedenfalls etwas, das männlich ist, folgerichtig, charaktervoll, tief gründend in der Welt der Gnade, die Heilige hervorbringt.

Deutsche Bischöfe erheben ihre Stimme.

In dieser babylonischen Sprachenverwirrung ist es ein Trost, wie die Keimspitzen sich regenden Lebens, dass in Deutschland, diesem armen, zertretenen und zerbombten Lande, über das ein so furchtbares Gottesgericht niedergegangen ist, es einer wagt, seine Stimme zu erheben, und das ist das deutsche Episkopat. In ihrer Sprache kommt das christliche Abendland in wahrhaft würdiger und grosser Form zum Ausdruck. Zweiundzwanzig Bischöfe haben sich altem Brauch gemäss, in Fulda versammelt. Die Besatzungsmächte, ausgenommen die Russen, haben zu dieser Versammlung nicht nur die Erlaubnis erteilt, sondern auch Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt. Allerdings wurde auch ein amerikanischer Feldgeistlicher genannt, der zu dieser Zusammenkunft zugelassen werden musste, ebenso hiess es, dass die Engländer eine Vertretung dort hatten, einen päpstlichen Kammerherrn. Was in Fulda besprochen wurde, ist nicht bekannt geworden, auch der erwartete gemeinsame Hirtenbrief liegt noch nicht vor.

Aber es hat u. a. Bischof Graf Preysing von Berlin gesprochen, der Bischof von Münster, Graf Galen, Erzbischof Gröber, Bischof Stohr von Mainz und alle haben würdig gesprochen, wie es Hirten der Kirche entspricht. Dabei richten sie ihr Augenmerk nicht nur auf religiöse Fragen im engeren Sinn des Wortes, sondern sie betrachten das Christentum als grundlegende und bewegende Kraft im öffentlichen Leben. Hatte der Nazismus eine

tiefe Kluft zwischen Deutschtum und Christentum aufgerissen, so zeigen heute die deutschen Bischöfe, wie innig jene beiden Grössen sich im Lauf der Jahrhunderte miteinander verknüpft haben. Darüber hinaus entwickeln sie auch die Ideen, die das Deutschland der Zukunft zu gestalten haben. So legt der Bischof von Mainz, Dr. Alb. Stohr, ein einfaches Bekenntnis ab, ein Bekenntnis zum Vaterland, ein Bekenntnis zum Rechtsstaat, ein Bekenntnis zum christlichen Staat. Die Gedanken des Bischofs erheben sich zu einem hinreissenden Pathos, wo von der Reichsidee der Deutschen die Rede ist: «Wir dürfen stolz darauf sein, dass, wie Bischof Ketteler betont, die Einigung der deutschen Stämme im katholischen Christentum die geistige Voraussetzung ihrer bürgerlichen Einigung, ihrer christlichen Staatsordnung, ihrer Grösse in der Weltgeschichte war. Das sagen wir umso stolzer, je leidenschaftlicher man es in den letzten Jahren gelehrt und gerade der unwissenden Jugend vorenthalten hat... Der christlichen Religion verdankt das deutsche Volk seine höchsten geistigen Güter... Diesem Ideal träumen wir nicht nur nach in der Vergangenheit, sondern wir trauen ihm Wirkkraft zu für Gegenwart und Zukunft. Wir wollen es aufnehmen, sobald wir wieder Recht und Macht haben, unser Gemeinschaftsleben zu formen. Wir wollen, wie man hört, wieder die Möglichkeit erhalten, unser Volksleben nach demokratischen Grundsätzen zu gestalten. Dann wollen wir Christen antreten mit dem festen Willen, das deutsche Haus zu bauen nach christlichen Ideen... All das Gerede der letzten Jahre von der Ueberfremdung durch das Christentum beruht entweder auf völliger Unkenntnis der Tatsachen oder auf blindwütigem Hass und bösem Willen. Jeder Stein unserer herrlichen Dome, jede Skulptur unserer besten Meister, jeder Ton unserer ersten Tondichter würden laut Protest erheben gegen die willkürliche Ehescheidung zwischen deutschem Volk und christlichem Glauben. Deutsches Volksleben wird christlich sein oder es wird nicht mehr sein!...»

Haben die deutschen Bischöfe grundsätzlich ihre Stellung gegen die politische Staatsführung durch Hitler verteidigt, so scheuen sie sich auch jetzt nicht, unzweideutig ihre Meinung zu sagen. Sie treten auf gegen eine Formulierung der Kollektivschuld, die den Tatsachen nicht entspricht und darum nur Ungerechtigkeiten grossen Stils zur Folge haben kann. Bischof Graf Galen sagte angesichts der Evakuierung von zwölf Millionen Deutschen aus den Ostgebieten: «Wie sollen wir dieses Problem lösen? Hitler hat als erster damit begonnen, die Bevölkerung aus den eroberten Gebieten zu evakuieren. Sollen wir ihn nachahmen? Hat das Hitlertum die Geister derer, die gegen dieses gekämpft haben, vergiftet?» (vergl. «Ostschweiz» vom 31. Aug. 1945).

Als einziges organisiertes Gebilde hat die katholische Kirche die Hitlerzeit überstanden. Sie im Verein mit den gläubigen Protestanten, die sich jetzt neu organisieren, ist darum auch der einzige Träger einer lebendigen deutschen Tradition. Die deutschen Bischöfe, ermutigt durch die schönen Worte Pius XII. über das deutsche Volk, haben begriffen, was die Zeit von ihnen fordert. Sie sind heute die mächtigsten Anwälte der deutschen Nation. Was sie zudem an wahrhaft konstruktiven Gedanken entwickeln, gehört zum Besten, was heute überhaupt in der Welt gesagt wird. Sucht ihr Erzieher des deutschen Volkes, da sind sie!

Erwähnen wir zur deutschen Frage noch einige wichtige Artikel, zum Beispiel «Sittenerfall als historische Leistung» von Karl Wick im «Vaterland» vom 27. August 1945. Dr. Carl Doka leuchtet in der «Ostschweiz» vom 3. September tief in die Problematik des Nürnberger Gerichtshofes hinein, in die Frage seiner Zuständigkeit usw. Es ist ferner in unsere Hand eine Schrift gelangt von Ph. Hüble S. J., die im Verlag A. Weber, Singen-Hohentwil unter dem Titel «Die Konzentrationslager» erschienen ist als «eine Gewissensfrage für das deutsche Volk und für die Welts». Der Standpunkt ist der gleiche, den auch wir eingenommen haben. Die kleine Schrift ist ausgezeichnet wegen ihrer klaren Formulierungen. Sie verdient gerade im Ausland verbreitet zu werden, denn auch dieser Verfasser ist, wie Wilhelm Röpke in seinem vorzüglichen Buch über die deutsche Frage der Meinung, dass es für einen Ausländer ungemein schwer ist, sich in die Lage eines Volkes zu versetzen, das terroristisch regiert wird.

Ein gewichtiger Beitrag zur Mariologie

R. W. von Moos, in der Schweiz bekannt durch seine langjährige Studentenseelsorge in Zürich und Basel, hat in Rom, zusammen mit Wilhelm Hentrich ein grossangelegtes, zweibändiges Werk veröffentlicht, das für die Mariologie von besonderem Interesse ist. *)

Seit der Definition der Unbefleckten Empfängnis setzten aus allen Teilen der Welt die Bittgesuche um Dogmatisierung der leiblichen Himmelfahrt Mariens ein. Diese Tausende von Petitionen lagen ungeordnet und unveröffentlicht im Archiv des Sanctum Officium. Die beiden Verfasser haben nun das ganze Material gesichtet, geordnet, verarbeitet und in vorbildlicher Weise veröffentlicht. Der erste Teil des Werkes bringt in hierarchischer Reihenfolge die Bittgesuche und schickt einem jeden einzelnen eine sorgfältige Analyse der Autorität, des Inhaltes und der Beweisführung voraus. Der zweite Teil sucht das Material zu beurteilen und zu werten, und zwar dogmatisch, geographisch und chronologisch.

Dogmatisch stellt sich heraus, dass von den 3018 Bittgesuchen der Bischöfe, die zwischen 1869 und 1941 beim Apostolischen Stuhl eingereicht wurden, 2917 die feierliche Definition der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel als geoffenbarte Wahrheit fordern. Also 97 %. Von den 17 unierten Kirchen des Ostens sind es 75 %. Nimmt man dazu die Tatsache, dass 73 % aller Diözesen der Welt in diesen Petitiones vertreten sind, fügt man dazu die mehr als 30,000 Bittgesuche von Priestern und Ordensmännern, die mehr als 50,000 Petitionen von Ordensfrauen und die 8 Millionen Petitionen gläubiger Laien in der Welt, so zeigt es sich, dass ein consensus moralis der lehrenden und hörenden Kirche vorhanden ist. In dieser Feststellung liegt die dogmatische Bedeutung des Werkes.

Interessant ist auch ein Blick in die Argumente, die in den einzelnen Gesuchen aufgeführt werden. Es ist vor allem ein Betonen der Tradition, aber auch ein Argumentieren mit Schrifttexten. Der Text aus der Gen. 3, 15, wo von der Feindschaft zwischen dem Weibe und der Schlange die Rede ist, erfährt aus der Tradition eine tief sinnige Beleuchtung. Die Feindschaft zwischen Maria und Satan, so wird in diesen Dokumenten immer wieder betont, ist nur dann eine völlige und radikale, wenn der dreifache Schaden, den der Satan dem Weibe zugefügt hat, in Maria völlig überwunden ist, nämlich die Sünde, die Begierlichkeit und der Tod. Die Sünde ist bis in die Wurzel überwunden durch die unbefleckte Empfängnis, die Begierlichkeit durch die jungfräuliche Mutterschaft und der Tod durch die leibliche Aufnahme in den Himmel. Dadurch ist Maria mit Christus zwar dem Gesetz des Sterbens unterstellt, hat aber durch die leibliche Aufnahme in den Himmel mit ihm den Sieg des Todes, diesen Triumph Satans, überwunden.

Die geographische Sichtung der Bittsteller, die in ausführlichen Tabellen dargelegt wird, zeigt, dass nicht nur ein bestimmtes Land oder Volk unter den Petenten vertreten ist, sondern dass ein Consensus vorhanden ist, der sich über die ganze Welt erstreckt. Die mehr als 52,000 Gesuche, die aus der Schweiz eingegangen sind, haben das Missgeschick erfahren, dass sie in den Archiven des Sanctum Officium nicht aufzufinden sind. Ihre Zahl lässt sich aber aus andern Quellen mit ziemlicher Sicherheit ermitteln.

Das chronologische Bild zeigt ein steiles Ansteigen der Kurve nach dem Vaticanum, in welchem ja selbst mehr als 200 Konzilsväter eine Petition unterschrieben haben. Rückschläge erfolgten, innerlich bedingt im Kampfe um den Modernismus und, äusserlich begründet in der Zeit des ersten Weltkrieges. Dann aber ging die Bewegung machtvoll weiter und ist noch in vollem Gange.

In den mehr als 2000 Seiten dieser zwei Bände ist eine ungeheure Arbeit aufgespeichert. Das Interesse der Menschheit

*) Petitiones de Assumptione corporea B. V. Mariae in caelum definienda ad Sanctam Sedem delatae. — Propositae secundum ordinem hierarchicum dogmaticum, geographicum, chronologicum ad consensum ecclesiae manifestandum. — Typis polyglottis Naticanis, MDCCCCLXII.

richtet sich zwar heute auf andere Dinge als auf die dogmatische Definition der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel. Aber die Kirche lässt sich in der Entfaltung ihrer Lehre, im immer neuen Aufzeigen ihrer Reichtümer nicht vom äusseren Verlauf politischer Geschehnisse bestimmen. In der reinen Welt ihrer geistigen Grösse gelten andere Gesetze der Entfaltung. Neben ihren Kämpfen auf dieser Erde, neben den Eingriffen in die Nöte des Alltags, neben ihrer Beteiligung an den Auseinandersetzungen der Menschen und Völker geht ein erhabener, unaufhaltbarer Prozess vor sich: der unveränderte Inhalt der Offenbarung wird immer deutlicher sichtbar und erstrahlt in immer hellerem Licht.

Und doch besteht zwischen diesen beiden Funktionen der Kirche ein Zusammenhang, zwischen ihrem Eingreifen in die Geschehnisse der Welt und ihrer Verkündigung der geoffenbarten Wahrheit. Denn die Kirche stellt jeweils gerade diejenigen Wahrheiten besonders ins Licht, die für die jeweilige Generation von besonderer Bedeutung sind. In einer Zeit, da die dämonischen Mächte abgründige Tiefen aufgerissen haben, zeigt die Kirche durch die Entfaltung der Mariologie jene Gestalt, in der die Fülle der Gnade und ihr Reichtum besonders hell aufscheinen. In einer Zeit, da die Schlange wieder sichtbar geworden, wird auch Maria wieder sichtbar, deren Same der Schlange den Kopf zertritt. Und so steht auch dieses theologische Werk nicht nur im Dienste der Verherrlichung Mariens und somit der Verherrlichung Gottes, von dem Maria alle Grösse als Gnade empfangen hat, sondern auch im Dienste der Menschen unserer Tage. —

Bücher

Dr. Burkard Frischkopf: «Gott und unsere Zeit». Benziger, Einsiedeln (206 S.).

Der Verfasser bietet in edler Sprache ein Gesamtbild katholischer Theologie, eingeordnet in das beherrschende trinitarische Dogma und vorzüglich kreisend um die Person des Welterlösers. Entstanden aus Kanzelvorträgen, bewahren diese Skizzen die Lebendigkeit ihres Ursprungs. Sie können vorzüglich jenen dienen, die die christliche Wahrheit den Menschen von heute nahe bringen müssen. Ohne sich nämlich allzu sehr in Einzelheiten zu verlieren, bespricht und beurteilt Dr. Frischkopf in sachlicher, vornehmer und warmer Art die uns alle angehenden Probleme der Gegenwart. Für weite Kreise von Gebildeten eine sehr empfehlenswerte Lektüre.

Hans Weber: «Das gemeinsame Leben», Bekenntnisroman einer Liebe. Kl. 8, 104 Seiten, O. Walter, Olten. 1945, 5.60 Fr.

Ein überaus feinsinniges, vom Leser die Fähigkeit und Willigkeit zu feinfühlerem Mitleben erwartendes Buch, auf das die Apologetischen Blätter gern hinweisen dürfen. Es ist ein «Bekenntnisbuch», Bekenntnis zu einer ehrfürchtig-froh staunenden Liebe, die vor dem Opfergesetz allen Lebens in Natur und Menschengemeinschaft steht und die aus einer grossen und reifen Weltanschauung erwächst. In den drei Teilen: Natur, Seele, Geist schildert es das Aufwärtstreifen eines exakten Naturforschers und feinen Menschen zu dieser Weltanschauung. Der «Forscher» sinnt in vielen nächtlichen Grenzwachstunden auf der Berghöhe über den Sinn seines Schaffens und des Lebens in der Natur; von positivistischer Oede unerfüllt fragt er das Leben nach seinem hintergründigen Geheimnis, nach dem Gesetz, das die Entwicklung allen Lebens auf Erden durchwirkt. Er findet die schöpferische «Planung» hinter den Entwicklungsformen und das Gesetz des Aufblühens und Reifens zur Opferung eigener weiterer Werdemöglichkeiten im Sichhineinopfern in umfassendere Lebensgestaltungen. Der «Mensch» im Forscher sinnt weiter, wie das gleiche Gesetz der (nun bewussten) Entsagung, des Verzichtes auf blosser Eigengestalt, der Einordnung unter das Gesetz der «Gemeinschaftsgestalt» letzter Sinn menschlichen Gemeinschaftslebens ist und er lässt miterleben, wie dieses Sinngesetz des Lebens eine Ehe aus «Individualismuskrisen» zur letzten Ganzheit und Tiefe und zum Reichtum des geistigen Einandergehörens führt. Das wird nicht in theoretisierenden Erwägungen gezeigt, sondern im gemeinsamen Ringen und Reifen des For-

schers und einer geistig reichen und feinen mitopfernden Gattin. Das Buch will nicht nur trockene Belehrung bieten, dafür wäre es zu lebenswarm, noch weniger blosser Unterhaltung, dafür hat es zu viel geistige Tiefe. Wissenschaft, Leben, Glauben klingen darin zusammen zu einem «Lebensbuch», das unaufdringlich, wie «von selbst», zu ernstesten Fragen und reifem Antwortgeben über die Gestaltungsgesetze glücklicher Eihe und ihr Opfergesetz hinführt.

Preise für Inserate,
die dem Charakter der «Apologetischen Blätter» entsprechen:

1/2 Seite Fr. 110.— 1/4 Seite Fr. 60.—
1/8 Seite Fr. 35.— 1/10 Seite Fr. 20.—

Inseratenannahme durch «Apologetische Blätter»
Zürich, Auf der Mauer 13

Abonnementspreise:
Jährlich Fr. 8.60 — halbjährlich Fr. 4.40 — vierteljährlich Fr. 2.30

Demnächst erscheint in der Reihe der Publikationen
päpstlicher Dokumente

Das Vatikanische Weissbuch Für den Frieden

Die Bestrebungen des heiligen Stuhles, Italien vom
Kriege fern zu halten. Fr. 1.20

Diese bedeutende Veröffentlichung aus den Archiven
des Vatikans wird für die Beweisführung der päpstlichen
Friedenspolitik ein wichtiges Dokument sein.

REX-VERLAG LUZERN

Geistliche! — Eltern! — Erzieher!

Der Filmberater

Organ der Filmkommission des SKVV

bietet Ihnen 14-tägig aus katholischer Sicht:

Eine sichere, absolut unabhängige **Orientierung** über
alle bedeutenderen, neueren Filme.

Eine klare, sachliche **Stellungnahme** zu den wich-
tigeren einschlägigen Filmfragen.

Eine zuverlässige, grundsätzliche **Führung** bei der
Wahl der Kinoprogramme.

Der Filmberater

wird von der «Schweiz. Kirchenzeitung» vom 6. Sep-
tember so beurteilt:

Eine in ihrer Klarheit vorbildliche Bewertung der
sittlichen Fragen finden wir in der Filmkritik des
SKVV. Aus diesem Grunde allein schon wäre sie
für alle lesenswert. Nicht umsonst findet diese Be-
urteilung soviel Beachtung.

Abonnementspreis: Fr. 3.90 halbjährlich.

Bestellungen, resp. Probenummern durch die Ad-
ministration: Generalsekretariat des SKVV, St. Karli-
quai 12, Luzern. Redaktion: Auf der Mauer 13, Zürich

*Aus dem Verlag
der Paulus-Druckerei, Freiburg*

Bücher von Dominik Thalhammer

Ursache unserer Freude

Betrachtungen zum freudreichen Rosenkranz
120 Seiten — Kartoniert Fr. 2.—

Seid bereit

Ein Büchlein vom frohen Sterben
164 Seiten — Kartoniert Fr. 2.50

VORANZEIGE

Im Monat Oktober erscheint

Dr. Marcelle Dalloni

Dienende Liebe

den Krankenpflegerinnen zu eigen
426 Seiten — In Leinen Fr. 9.50

Im Monat November erscheint

Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau

Dokumente - Herausgegeben von Emil Marmy
Tausendseitiger Leinwandband Fr. 19.50

Zu bestellen oder zu beziehen in jeder katholischen
Buchhandlung

Millionen Menschen

verdanken den Röntgenstrahlen ihr Le-
ben! Doch wer kennt Röntgen? Vor 100
Jahren wurde er geboren, am 8. Novem-
ber jährt sich die Entdeckungsnacht zum
50. Male. Wer er war, wie er arbeitete, was
in der geheimnisvollen Stunde, da die
Strahlen erstmals aufleuchteten, geschah,
schildert der namhafte Radiologe und
Forscher:

Prof. Dr. Friedrich Dessauer

in seinem neuen Buch

Wilhelm Conrad Röntgen

Die Offenbarung einer Nacht

Ganzleinenband, 224 Seiten, illustriert,
Fr. 7.80, Band 5 der Monographienreihe
»Kämpfer und Gestalter«.

In allen Buchhandlungen

VERLAG OTTO WALTER AG OLTEN